

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

47. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 8 · 11. Oktober 2016

„No-Go-Areas“

Der Landtag hat sich mit „No-Go-Areas“ (rechtsfreie Räume) befasst. Der Debatte lag ein Antrag der CDU-Fraktion zugrunde. S. 3

Wirtschaftsbericht

Der Wirtschaftsbericht 2016 für Nordrhein-Westfalen stand im Mittelpunkt einer Unterrichtung durch die Landesregierung. Es folgte eine kontroverse Debatte im Plenum. S. 5

70 Jahre Landtag

Mit einem feierlichen Festakt im Plenarsaal hat der Landtag Nordrhein-Westfalen an seine erste Sitzung vor 70 Jahren erinnert. Die Festrede hielt Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert. S. 10-11

Wie alles begann

Am 2. Oktober 1946 kamen 200 Abgeordnete zur ersten Sitzung des Landtags in der Düsseldorfer Oper zusammen. Sie legten dort den Grundstein für 70 Jahre Frieden, Freiheit und Demokratie. S. 12-13



Mit Mama und Papa ins Büro
Die Rolle der Betriebskitas

Aufbruch zur Demokratie

Demokratie und Neuanfang waren die Antworten der britischen Militärregierung auf die Situation an Rhein und Ruhr nach Ende der Nazi-Diktatur. Die Briten gründeten mit der „Operation Marriage“ nicht nur das Bundesland. Sie setzten auch ein Parlament zusammen. Am 2. Oktober 2016 war es 70 Jahre her, dass der Landtag Nordrhein-Westfalen erstmals zusammenkam. Mit seiner konstituierenden Sitzung im Düsseldorfer Opernhaus begann in NRW eine Geschichte von Demokratie, Freiheit und Frieden. Landtag Intern blickt zurück auf die erste Sitzung damals im Jahr 1946 (Seiten 12 und 13).

70 Jahre später

Am 5. Oktober 2016 hat der Landtag NRW diesen besonderen Geburtstag gefeiert. Bei dem Festakt im Parlamentsgebäude am Rhein erinnerte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert in seiner Festrede an

die Anfänge des Bundeslandes. Unsere Quiz-Gewinner waren dabei (Seite 20). Für alle anderen haben wir Eindrücke von den Feierlichkeiten zusammengefasst (Seiten 10 und 11).

Nach sieben Jahrzehnten ist die Welt eine andere. Die Lebensbedingungen, die Arbeitswelt, familiäre Strukturen, Rollen und Lebensweisen haben sich verändert. Beispielsweise gehören wesentlich mehr Frauen der Arbeitswelt an. Diese Tatsache spiegelt sich längst im Bedarf und im Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten wider. So war ein Thema im Landtag die Frage, ob und inwiefern auch betriebliche Kindertagesstätten einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten können oder sollen. Der Familienausschuss hörte zu diesem Fragenkomplex Expertinnen und Experten an und die Fraktionen erörtern ihre jeweilige Auffassung (Seiten 7-9).

Im Plenum debattierten die Abgeordneten u. a. über den Wirtschaftsbericht 2016. Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre. sow



Titelthema: Betreuung in der Betriebskita

Sachverständige äußern sich zu Rahmenbedingungen 7

Die Standpunkte der Abgeordneten 8-9

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam),
Sonja Wand (sow), Daniela Braun (bra), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211)
884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra),
884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD),
Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak
(PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU),
Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 6. Oktober 2016, 15 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Recht und Sicherheit 3

Meldungen 4

Wirtschaft im Wandel 5

Gesetzgebung 6

Forum

70 Jahre Landtag – Festakt im Plenarsaal 10-11

Wie alles begann – erste Sitzung in der Oper 12-13

Namen und Geschichten – Blick ins Gästebuch ... 14-15

Aus den Fraktionen 16-17

Aus den Ausschüssen

Meldungen 18

Forum

Im Porträt: Rainer Spiecker (CDU) 19

Gegen das Vergessen 19

Kurz notiert 20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Recht und Sicherheit

Aktuelle Stunde zum Thema „No-Go-Areas“

6. Oktober 2016 – Die Nordstadt in Dortmund, Anfang Oktober. Ein 24-jähriger Mann schleudert Medienberichten zufolge ein Trinkpäckchen gegen einen Streifenwagen und beschimpft die Polizisten. Zwei Zivilbeamte beobachten demnach die Szene, weisen sich aus, stellen den Mann zur Rede – und sehen sich plötzlich von nahezu 100 Personen umringt. Die aggressive Menschenmenge flüchtet, als sich weitere Einsatzfahrzeuge der Polizei nähern. Der Vorfall war nun Anlass für eine Aktuelle Stunde im Landtag.

Die CDU-Fraktion hatte die Aktuelle Stunde beantragt („Ausbreitung sogenannter No-Go-Areas in Dortmund?“, [Drs. 16/13089](#)). Sie fragte u. a., wie es um die öffentliche Sicherheit in der Stadt steht und ob sich dort rechtsfreie Räume ausbreiten.

Gregor Golland (CDU) zitierte Medienberichte über „No-Go-Areas“ im Ruhrgebiet. Selbst das Polizeipräsidium Duisburg habe in einer internen Lageeinschätzung von Orten geschrieben, an denen Gruppen versuchten, Anwohnerinnen und Anwohner durch massive Präsenz einzuschüchtern. Die Landesregierung ignoriere diese Probleme zunächst, leugne sie dann, rede sie später schön und reagiere schließlich mit „hektischen Aktivitäten“ und der Entwicklung „wohlklingender Programme“, ohne die Kriminalitätsbekämpfung nachhaltig zu stärken. Golland forderte erhöhte Polizeipräsenz und konsequente Strafverfolgung.

„Keine rechtsfreien Räume“

In NRW gebe es keine rechtsfreien Räume, entgegenete **Andreas Bialas** (SPD). Es gebe im Land keine Orte, die die Polizei meide. Im Gegenteil, die Beamtinnen und Beamten ließen sich nicht davon abhalten, Maßnahmen zu ergreifen und das Recht durchzusetzen. In der Dortmunder Nordstadt beispielsweise sei sie an allen neutralen Punkten „präsent wie nie zuvor“. Die CDU schüre mit ihrer „Kampfrhetorik“ Ängste unter den Menschen und scheine dabei sogar erfolgreich zu sein. Tatsächlich sei Nordrhein-Westfalen eine der sichersten und gewaltfreisten Regionen weltweit.

Die SPD-Fraktion sei nicht bereit, Probleme einzugestehen, sagte **Marc Lürbke** (FDP). Er sprach von einem „rechtsstaatlichen Offenbarungseid“. NRW sei in den letzten Jahren „brutaler, unsicherer und radikaler“ geworden. Die öffentliche Sicherheit sei Innenminister Ralf Jäger (SPD) entglitten. Die FDP wolle, dass die Polizei nicht nur in jede Straße hineinfahre, sondern auch, dass sie „heil und gesund wieder herauskommt“, ohne von einer Menschen-

menge umzingelt und angegriffen zu werden. Die Landesregierung vermittele den Eindruck von „Realitätsverweigerung“ und „Beratungsresistenz“.

Verena Schäffer (GRÜNE) nannte es „eine gefährliche Entwicklung“, dass Einsätze von Rettungskräften und Polizei durch eigentlich Unbeteiligte gestört würden. In der Dortmunder Nordstadt und in einigen Stadtteilen anderer Städte in Nordrhein-Westfalen träfen vielfältige Probleme aufeinander. Soziale und gesellschaftliche Probleme könne man nicht durch die Polizei alleine lösen. Der CDU-Fraktion warf sie vor, einen ganzen Stadtteil zu stigmatisieren. Der Antrag sei Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten. Ängste zu schüren, sei „unverantwortlich“.

Torsten Sommer (PIRATEN) nannte den Antrag „unverantwortlich“. Es gebe Solidarisierungsbewegungen gegen die Polizei, u. a. weil sie ohne Anlass Personen kontrolliere. Die Polizeibeamten in Dortmund hätten aber einen guten Stand. „Die Bezirksbeamten in Dortmund Nord gehen selbstverständlich allein oder zu zweit durch ihren Bezirk, ohne Probleme, Übergriffe und Pöbeleien“, sagte Sommer. Wichtig sei es, für soziale Integration zu sorgen. Er warf der CDU-Fraktion vor, am rechten Rand zu fischen, und der FDP-Fraktion, dies zu unterstützen.

„Es gibt in NRW keine Bereiche, die die Polizei meidet, kein Quartier, in dem sie das Gewaltmonopol anderen überlässt“, sagte Innenminister **Ralf Jäger** (SPD). Es gebe Orte mit hohen Kriminalitätsraten. Es gebe Orte, an denen sich Menschen unsicher fühlten. Aber es gebe kein Wegschauen der Polizei in Nordrhein-Westfalen, sagte Jäger. In Dortmund sei die Straßenkriminalität um 40 Prozent in diesem Jahr zurückgegangen, die Gewaltkriminalität um 20 Prozent. Es würden weiter Polizisten in NRW eingestellt, alleine in Dortmund seien 170 neue Stellen seit 2010 geschaffen worden. *sam/zab*

Foto: Schälte





Verfassungsreform

5.10.2016 – Der Landtag hat die umfassendste Reform der Landesverfassung seit deren Inkrafttreten am 10. Juli 1950 beschlossen. Der Gesetzentwurf ([Drs. 16/12350](#) und [16/13041](#)) wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP und damit mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit verabschiedet. Die PIRATEN stimmten mit Nein. Die Reform beruht auf den Vorschlägen der interfraktionellen Verfassungskommission, die der Landtag 2013 eingesetzt hatte und die im Juni 2016 ihre Arbeit beendete. Ziel ist u. a., den Parlamentarismus zu stärken. Zu diesem Zweck werden allgemeine Parlamentsinformationsrechte und Beteiligungsrechte des Landtags in EU-Angelegenheiten in der Verfassung verankert. Alle Verfassungsrichter werden künftig durch den Landtag gewählt. Zudem werden die Auflösung des Landtags und die parlamentslose Zeit neu geregelt und es wird das Amt des Alterspräsidenten neu eingeführt. Er soll nach dem Zusammentritt eines neuen Landtags den Vorsitz führen, bis der neu gewählte Präsident oder die neu gewählte Präsidentin oder eine der Stellvertreterinnen bzw. ein Stellvertreter das Amt übernimmt. Schließlich wird die Verfassung an einigen Stellen modernisiert. Dazu gehört, den Amtseid der Landesregierung (Artikel 53) der Gegenwart anzupassen und die Ministeranklage (Artikel 63), das Gegenvortragsrecht der Landesregierung (Artikel 67) sowie das Recht der Landesregierung, einen vom Landtag abgelehnten Gesetzentwurf zum Volksentscheid zu stellen (Artikel 68 Absatz 3), zu streichen.

Elternvertretungen

5.10.2016 – Alle fünf Fraktionen haben einstimmig einen interfraktionellen Antrag zur besseren Beteiligung von Schul-Elternvertretungen beschlossen ([Drs. 16/13027](#)). Es soll ein Forum für den Austausch und die Artikulierung von Elterninteressen geschaffen werden. Kommunale Schulpflegschaften und Landeselternorganisati-

onen sollen miteinander und mit der Landespolitik und dem Schulministerium in Kontakt kommen, um die Position der Eltern in die Schulpolitik einzubringen. Eine einheitliche Landeselternvertretung gibt es im Gegensatz zu anderen Bundesländern in NRW nicht. Jetzt soll eine erste Elternkonferenz auf Landesebene organisiert werden, an der die Stadt- und Kreisschulpflegschaften sowie die Landeselternorganisationen mitwirken. Zudem fordert der Landtag die Landesregierung auf, bei den Kommunen dafür zu werben, den Schulpflegschaften in den örtlichen Schulausschüssen der Räte und Kreise eine beratende Stimme einzuräumen.

Fahrradschnellwege

5.10.2016 – Fahrradschnellwege sollen künftig Landesstraßen rechtlich gleichgestellt werden und damit in die Zuständigkeit des Landes fallen. Der Landtag hat mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN das Straßen- und Wegegesetz entsprechend geändert ([Drs. 16/12069](#) und [16/12988](#)). Die Fraktionen von CDU und FDP stimmten dagegen, der fraktionslose Abgeordnete Daniel Schwerd enthielt sich. Radschnellwege sollen attraktive Verbindungen für Radfahrer zwischen Gemeinden und Kreisen werden. Die Gesetzesänderung ermöglicht die Planung, den Bau und den Betrieb neuer Radschnellwege durch die beteiligten Bauasträger. Die Landesregierung hat laut Gesetzentwurf im Haushalt 2016 und in der mittelfristigen Finanzplanung Ansätze vorgesehen, aus denen die Planung und die laufende Unterhaltung sowie der Bau finanziert werden sollen. Für das laufende Jahr sind 3,5 Millionen Euro vorgesehen, fürs nächste Jahr 5 Millionen und für das darauf folgende Jahr 6 Millionen Euro. Damit sollen auch Kommunen beim Bau von Ortsdurchfahrten gefördert werden können.

Offene WLAN-Netze

6.10.2016 – Der Landtag hat sich mit dem Thema Freifunk befasst. Anlass war ein Antrag der

PIRATEN-Fraktion („Jetzt Rechtssicherheit für offene WLAN-Netze herstellen – Störerhaftung abschaffen und Login-Pflicht verhindern“, [Drs. 16/13030](#)). Auch nach der Reform des Telemediengesetzes im Juni 2016 könnten die Inhaber von Urheberrechten bei Verletzungen dieser Rechte durch Dritte Unterlassungsansprüche gegen Betreiber offener WLAN-Netze geltend machen, heißt es im Antrag. Rechtsunsicherheit bestehe auch bei Anbietern offener WLAN-Hotspots. „Wenn Rechte-Inhaber Anordnungen erwirken können, den offenen Zugang zum Internet über WLAN mit verpflichtendem Login und Passwort zu schließen, wäre dies auch das Aus für die Freifunk-Idee“, so die PIRATEN. Die Landesregierung solle „auf allen politischen Ebenen“ darauf hinwirken, dass WLAN-Anbieter rechtssicher vor Abmahnungen geschützt werden. Wer seinen Internetzugang Freifunkinitiativen zur Verfügung stelle, solle ein offenes WLAN-Netz ohne Zugangsbeschränkung, Identitätsfeststellung und Login-Pflicht anbieten können. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Sicherheit in der JVA

6.10.2016 – Der Landtag hat mehrheitlich beschlossen, das ursprünglich bis zum 31. Dezember 2016 befristete Gesetz zur Verbesserung der Sicherheit in nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten (JVA) um zwei Jahre zu verlängern. Für den Gesetzentwurf der Landesregierung ([Drs. 16/12434](#)) stimmten die Fraktionen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN. Die CDU-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Daniel Schwerd enthielten sich. Das Gesetz regelt den Einsatz von Mobilfunkblockern und die Video-Beobachtung auf dem Gelände der Vollzugsanstalten. Diese Regelungen sollen schrittweise in die geltenden Vollzugsgesetze aufgenommen werden. Es sei allerdings nicht sicher, dass dies bis Ende 2016 vollständig gelinge, hieß es in der Gesetzentwurf. Deshalb sei das Gesetz über diesen Zeitpunkt hinaus erforderlich.



Wirtschaftsminister
Garrelt Duin (SPD)

PLENUM

Wirtschaft im Wandel

Wo steht NRW? Landtag debattiert über Analysen und Perspektiven

6. Oktober 2016 – Im Industrieland NRW bietet die Wirtschaftspolitik traditionell viel Raum für kontroverse Debatten. Industrie und Handwerk, Klimaschutz und Digitalisierung – die Politik ringt um das beste Konzept für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort NRW. Grundlage der Debatte im Plenum war der 200 Seiten starke „[Wirtschaftsbericht 2016](#)“, den der Minister dem Parlament vorgelegt hatte. Er sagte, das Land stehe in vielen Bereichen „sehr gut“ da. Die Opposition kritisierte dagegen die Wirtschaftspolitik der Landesregierung.

Die Nachricht vom Null-Wachstum für 2015 sei ein „Schlag in die Magenröhre“ gewesen, sagte Wirtschaftsminister [Garrelt Duin](#) (SPD). Deshalb habe er sich für eine umfassende Analyse entschieden. Eines der Ergebnisse des Berichts: „Noch nie hatten in NRW so viele Menschen Arbeit“, so Duin. Allerdings habe sich das Bruttoinlandsprodukt weniger gut von der Wirtschaftskrise erholt als im Bundesdurchschnitt. Ursächlich sei hier vor allem die verhaltene Entwicklung in der Industrie, es fehle aber auch an Investitionen. Duin zeigte sich zuversichtlich, dass die Wirtschaft mit einer vorausschauenden Politik wieder konstant wachse.

„Dieses Land wird weiter abgehängt“, kritisierte [Hendrik Wüst](#) (CDU). Darüber könne auch nicht das Wachstum von 2,1 Prozent für das erste Halbjahr 2016 hinwegtäuschen. Der CDU-Abgeordnete forderte einen Neuanfang in der Wirtschaftspolitik und eine Umkehr vom Koalitions-

vertrag: „NRW, das Herz der Industrie. Das war einmal. Dahin müssen wir wieder zurück.“ Doch offenbar könne sich Rot-Grün nicht auf ein Umsteuern einigen. Abgesehen von großen Ankündigungen passiere nicht viel, meinte Wüst. Auch beim Breitband-Ausbau komme NRW zu langsam voran: „Der digitale Wandel braucht nicht Zeit, der digitale Wandel braucht Tempo.“

„Wirtschaft und Psychologie“

[Frank Sundermann](#) (SPD) kritisierte, die Opposition habe die NRW-Wirtschaft in den vergangenen Jahren schlechtgeredet. Denn Wirtschaft sei zu einem großen Teil auch Psychologie. Zudem forderte Sundermann eine Willkommenskultur für die schwächelnde Industrie: „Der gesellschaftliche Blick auf die Industriepolitik muss sich ändern.“ Fehlende Akzeptanz und die schwierige Rekrutierung von guten Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern trieben die Unternehmen um, so Sundermann. Er lobte eine vorausschauende rot-grüne Wirtschaftspolitik. Sie treibe die Digitalisierung der Firmen voran und berücksichtige die Heterogenität im Land.

Nordrhein-Westfalen bleibe hinter seinen Möglichkeiten zurück, sagte [Dietmar Brockes](#) (FDP). Es sei schwächer gewachsen als andere Flächenländer. Die Landesregierung müsse endlich Mut zu einer Kehrtwende haben, forderte der Abgeordnete und kritisierte, die Umweltpolitik der Landesregierung belaste die Wirtschaft durch höhere Kosten und mehr Bürokratie. Brockes vermisste im Wirtschaftsbericht zudem investitionsförderliche Maßnahmen. Der Wirtschaftsminister gebe sich damit zufrieden, die Abstiegsplätze verlassen zu haben. „Wir wollen in der Champions League spielen“, hielt Brockes dagegen.

„Der Bericht ist ehrlich. Er benennt Stärken und Schwächen“, erklärte [Reiner Priggen](#) (GRÜNE). Fakt sei etwa, dass 30 Prozent der Treibhausgase Deutschlands in NRW entstünden. Er verwies auf das Pariser Klimaabkommen, das auch die EU bereits ratifiziert habe und das weitreichende Auswirkungen auf Produktionsverfahren und die industrielle Herstellung haben werde. „Es wird ein Ringen um Zukunftsmärkte geben und darin muss sich NRW aufstellen – sonst entstehen alle Arbeitsplätze woanders. Kluge Wirtschaftspolitik flankiert den Umbau und gibt Orientierung“, verteidigte er die Politik der Landesregierung.

„Die Wirtschaftspolitik ist in den Krisenmodus gewechselt“, beschrieb [Dr. Joachim Paul](#) (PIRATEN) einen „langfristigen Negativtrend“. Er attestierte der Landesregierung ein gestörtes Verhältnis zur Industrie. Außerdem war Paul überzeugt: Solange die Wertschätzung und Anerkennung, die Bergleute früher genossen hätten, nicht den Menschen in der Kreativwirtschaft und Softwareentwicklung zuteilwerde, solange werde der Strukturwandel ein Problem bleiben. Er forderte mehr Investitionen, eine Trendwende bei aus seiner Sicht zu niedrigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie eine „digitale Revolution“.

bra/sow



Fotos: Schälte

Hendrik Wüst (CDU)

Frank Sundermann (SPD)

Dietmar Brockes (FDP)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dr. Joachim Paul (PIRATEN)

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12350](#) und [16/13041](#) | SPD, CDU, GRÜNE und FDP | 2. und 3. Lesung am 5. Oktober 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze | [Drs. 16/12069](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. Oktober 2016 | angenommen

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren | [Drs. 16/12365](#) und [16/13046](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. Oktober 2016 | angenommen

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verbesserung der Sicherheit in Justizvollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12434](#) und [16/13047](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. Oktober 2016 | angenommen

Gesetz über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ | [Drs. 16/12313](#) und [16/13048](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 6. Oktober 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12944](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Oktober 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12986](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Oktober 2016 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht | [Drs. 16/12987](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Oktober 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern im Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13035](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 6. Oktober 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Gesetz zur Einführung einer dritten Stufe des Stärkungspaktes | [Drs. 16/12785](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Erstes Gesetz zur Änderung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12784](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Bewertung, Darstellung und Schaffung von Transparenz von Ergebnissen amtlicher Kontrollen in der Lebensmittelüberwachung | [Drs. 16/12857](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Haushaltsgesetz 2017 | [Drs. 16/12500](#) und [16/12501](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 | [Drs. 16/12502](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12435](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes | [Drs. 16/12781](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12782](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Beitreibungserleichterungsgesetzes/Kfz-Zulassung | [Drs. 16/12783](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr | in Beratung

Gesetz über die Sicherung von Tarifreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tarifreue- und Vergabegesetz NRW) | [Drs. 16/12265](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | in Beratung

Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts | [Drs. 16/12366](#) | Landesregierung | Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung | [Drs. 16/12363](#) | SPD und GRÜNE | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12361](#) | SPD und GRÜNE | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung des Kreistags | [Drs. 16/12362](#) | SPD und GRÜNE | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten | [Drs. 16/12068](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung) | [Drs. 16/12119](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr | Sachverständigen-Anhörung am 25. Oktober 2016

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene | [Drs. 16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs. 16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften | [Drs. 16/11154](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften | [Drs. 16/11436](#) | CDU | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Beruf und Betreuung

Familienausschuss hört Sachverständige zur Rolle von Betriebskitas

22. September 2016 – Papa arbeitet, Mama hütet daheim das Kind – neben diesem traditionellen Modell haben sich längst andere etabliert, um Beruf und Kinder miteinander zu vereinbaren. Welche Rolle spielen betriebliche Kindertagesstätten im System der Kinderbetreuung? Wie hoch ist der Bedarf, wie sind die Rahmenbedingungen? Zu diesen Fragen hat der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend Sachverständige angehört.

Der Anhörung lag ein Antrag ([Drs. 16/11700](#)) von CDU und FDP zugrunde, die sich für bessere Fördermöglichkeiten für Betriebskitas aussprechen. Betriebliche Betreiber von Kitas sollten mit anerkannten freien Trägern gleichgestellt werden, ebenso wie private Träger, die im Auftrag von Unternehmen Kitas betreiben. Zudem solle das Land mit „Best Practise“-Beispielen werben, so die Forderungen im Antrag.

Niemand unter den Sachverständigen konnte im Ausschuss den tatsächlichen Bedarf an Betriebskitas beziffern, da keine entsprechende Erhebung vorliege. Claudia Dunschen vom Verband „Unternehmer NRW“ berichtete aber, dass Unternehmen aus dem ländlichen Raum des Öfteren einen solchen Bedarf meldeten.

In der Tat liege Potenzial brach, heißt es in der Stellungnahme von David Brabender, dem Geschäftsführer des Unternehmens Kita Concept, das Betriebskindergärten in NRW und Hessen betreibt. Die Förderbeschränkungen für Betriebskitas seien nicht nachvollziehbar. Schließlich müssten sie dieselben qualitativen Anforderungen erfüllen wie jede andere Kita, um eine Betriebsgenehmigung zu erhalten. Außerdem könnten Betriebskitas mit zusätzlichen Plätzen einen Betreuungsbedarf abdecken, den zurzeit andere Träger abdecken würden, die die Landesförderung erhielten. Mehr Plätze kämen der Öffentlichkeit zugute.

„Eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche staatliche Aufgabe“, stellte der Verband „Unternehmer NRW“ in seiner Stellungnahme fest. Wenn Unternehmen diese öffentliche Aufgabe wahrnähmen, müssten sie auch aus öffentlichen Mitteln in NRW gefördert werden, so die Forderung. Zudem sei mehr Flexibilität wünschenswert, sodass Kinder auch innerhalb des Kindergartenjahres starten oder Kontingente kurzfristig angepasst werden könnten, forderte Verbandsvertreterin Dunschen.

Häufig schreckten Betriebe sowohl vor der Komplexität an Anforderungen als auch vor den Kosten zurück, erklärte Dolf Mehring, Leiter des Bochumer Jugendamtes. Eine Lösung finde sich meist in Kooperationen von Betrieben mit anerkannten freien Trägern, die im Auftrag des Unternehmens eine Kita betreiben könnten und dafür auch Landesförderung erhielten.

Es gebe sehr viel mehr betriebliche Kitas als die 23 im Antrag genannten, erklärte Martin Künstler vom Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege. Die meisten seien Kooperationsmodelle zwischen einem Betrieb und einem anerkannten Träger.

Förderkriterien

Grundsätzlich seien betriebliche Kindertageseinrichtungen nicht von der Landesförderung ausgeschlossen, heißt es in der schriftlichen Stellungnahme des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe – es komme lediglich auf die Rechtsform an. Wenn der Betrieb z. B. eine gemeinnützige GmbH gründe, stehe einer Förderung nichts im Wege.

Der Landesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe sieht in der bestehenden Unterscheidung nach der Rechtsform des Trägers eine „willkürliche Ungleichbehandlung“. Diese sei unvereinbar mit dem Grundgesetz und Europarecht, argumentiert der Verband in seiner Stellungnahme.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe wies darauf hin, dass sich Eltern in der Regel eine Kinderbetreuung im Wohnumfeld wünschten. Eltern wollten ihren Kindern Sozialkontakte ermöglichen, die auch außerhalb der Betreuung gepflegt werden könnten.

Kritisch zu beleuchten sei der Anspruch, die Kinderbetreuung

den Arbeitserfordernissen anzupassen: „Wir dürfen den sehr jungen Kindern nicht zumuten, was für Beschäftigte undenkbar wäre.“ Ähnlich argumentierte Dr. Matthias Menzel von den Kommunalen Spitzenverbänden. Die Rolle der Betriebskitas dürfe zudem nicht überbewertet werden. Interessant seien diese vor allem für Beschäftigte mit wechselnden Arbeitszeiten oder Schichtdienst. Hier aber dürften die Kinder nicht das Nachsehen haben. Stattdessen gelte es, auch auf der Seite der Arbeitgeber Arbeitszeiten anzupassen.

Helga Siemens-Weibring von der Evangelischen Kirche im Rheinland kritisierte die Zielrichtung von Betriebskitas, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darin unterstützen sollten, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. „Wir verstehen Kitas zuallererst als Bildungseinrichtung für Kinder, nicht als Betreuungsangebot“, sagte sie in der Anhörung. SOW

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.

Standpunkte

Meinungen zum Schwerpunkt „Betriebskitas“



[Wolfgang Jörg](#)
(SPD)



[Bernhard Tenhumberg](#)
(CDU)

Im System der Kinderbetreuung sind Betriebskitas ...

... eine Ergänzung zu Angeboten in der Kommune, da die Eltern so die Betreuung besonders junger Kinder am Arbeitsort und mit ihren Arbeitszeiten vereinbarer gestalten können. Einige Unternehmen übernehmen so Verantwortung; es dürften aber gerne mehr werden. Darüber hinaus versprechen wir uns von einer Familienarbeitszeit mehr Zeit für Eltern und Kinder.

... eine wichtige Säule. Sie tragen zum Ausbau von Betreuungsplätzen bei. Sie sind für Eltern eine Möglichkeit zur Vereinbarung von Familie und Beruf. Vor allem in Regionen, wo Betreuungsplätze fehlen, stellen sie für Unternehmen einen attraktiven Standortvorteil dar, wenn es um die Gewinnung von Fachkräften geht.

Die gegenwärtigen Förderrichtlinien im Kinderbildungsgesetz (KiBiz) ...

... lassen bereits die Einrichtung einer Betriebskita mit einem anerkannten Träger der Jugendhilfe zu. In der jüngsten Anhörung wurde deutlich, dass die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen investitionswilligen Unternehmern und freien Trägern an diesem Punkt völlig ausreichen.

... ermöglichen Unternehmen zwar mit dem Paragraph 6 Absatz 2 die Trägerschaft von Kindertageseinrichtungen, aber ein Landeszuschuss gemäß Paragraph 21 Absatz 1 ist für sie nicht möglich. Hier muss es zu einer Änderung kommen. Die Qualität der Betreuung sollte im Vordergrund stehen, nicht die Trägerschaft.

Die Möglichkeit für Unternehmen, mit anerkannten Trägern zu kooperieren, ...

... ist für Unternehmen und Träger ein großer Gewinn. Unternehmen können auf das jahrelang gewachsene Know-how der anerkannten Träger bauen und diese ihre Expertise erweitern. Die Träger haben klare und bekannte pädagogische Leitlinien, die den Eltern und Unternehmen Sicherheit geben.

... ist notwendig und richtig. Unternehmen müssen aber die Möglichkeit zur freien Entscheidung haben: Möchte ich mit einem anerkannten Träger kooperieren oder möchte ich selbst als Träger fungieren? Diese Entscheidung darf nicht zu gravierenden Nachteilen in der finanziellen Förderung führen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ...

... muss eine tatsächliche Vereinbarkeit von beidem sein. Dabei sollte der Beruf stärker auf die Bedürfnisse von Familien ausgerichtet sein und nicht umgekehrt. Junge Eltern sollten beispielsweise von Nachtschichten ausgenommen sein. Alleinerziehende müssen bei den Planungen der Schichtdienste ebenfalls anders berücksichtigt werden. Der öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.

... ist ein wichtiges Thema unserer Zeit. Betriebskitas bieten die Möglichkeit, die Arbeitswelt familiengerechter zu machen. Das Engagement der Unternehmen für Familien muss unterstützt werden.



Andrea Asch
(GRÜNE)



Marcel Hafke
(FDP)



Olaf Wegner
(PIRATEN)

..., die Unternehmen gemeinsam mit einem frei-gemeinnützigen Träger einrichten, ein Baustein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Auch die Unternehmen profitieren massiv von einer qualitativ hochwertigen und gut ausgebauten Kinderbetreuung – gerade in Zeiten des Fachkräftemangels.

... ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gerade Eltern mit Kindern unter drei Jahren wünschen sich eine arbeitsplatznahe Unterbringung, um auch räumlich schnell beim Kind sein zu können. Mit einer staatlichen Förderung würde ermöglicht, dass mehr Betriebe und Unternehmen den Wünschen der Eltern nach optimaler Bildung und Betreuung nachkommen können.

... möglicherweise hier und da eine Alternative. Ihr zahlenmäßiger Anteil ist jedoch gering. In einem System der frühkindlichen Bildung sind sie genauso fehl am Platz wie Betriebschulen im restlichen Bildungssystem. Gefordert werden Betriebskitas vor allem dort, wo Eltern keine wohnortnahe reguläre Betreuungsmöglichkeit für ihr Kind finden.

... ermöglichen, dass freie Träger und Unternehmen kooperieren. Privatgewerbliche Träger, die mit einer Kita Gewinne erzielen wollen, sind durch Bundesgesetz von einer öffentlichen Förderung ausgeschlossen. Mit Steuergeldern sollen keine gewerblichen Einrichtungen gefördert werden, die sich im Zweifel in einem Zielkonflikt zwischen Gewinnerwartung und Betreuungsqualität und Kindeswohl befinden.

... benachteiligen Unternehmen, die eigenverantwortlich eine Betriebskita eröffnen wollen. Selbstverständlich gelten auch für diese Kitas alle gesetzlichen Standards und Qualitätsanforderungen und in fast allen anderen Bundesländern ist deshalb auch eine direkte Förderung möglich – in NRW werden jedoch nur Kooperationen mit anerkannten Trägern gefördert.

... orientieren sich viel zu wenig an den besten Interessen des Kindes, oft unglücklich als Kindeswohl bezeichnet. Außerdem machen sie die Förderung viel zu wenig davon abhängig. Sie erlauben aber schon heute eine Förderung betrieblicher Kitas, wenn die Betriebe mit gemeinnützigen Trägern kooperieren und nicht auf privat-gewerblicher Trägerschaft bestehen.

... wird vielerorts bereits erfolgreich praktiziert. So arbeitet in Düsseldorf beispielsweise Vodafone mit der AWO zusammen oder die Metro mit dem Roten Kreuz. Freie Träger verfügen über Erfahrung und Expertise und bieten weitere familienunterstützende Angebote an.

... ist eine Selbstverständlichkeit und in vielen Fällen naheliegend. Bei einem Krankenhaus in kirchlicher Trägerschaft ist die Eröffnung einer kirchlich getragenen Betriebskita ein logischer Schritt. Unternehmen sollten jedoch auch die Möglichkeit haben, eigene Wege gehen zu können und trotzdem gefördert zu werden. Diese Möglichkeit haben Elterninitiativen beispielsweise bereits auch.

... scheint angebrachter, als sich der Herausforderung als Betrieb allein zu stellen. Im besten Interesse des Kindes müssen Kitas einem komplexen Bildungsauftrag gerecht werden, auf individuelle Förderbedarfe eingehen und sich in das System der Jugendhilfe einfügen. Die Komplexität dieser Aufgabe sollte nicht unterschätzt werden und die etablierten Träger bringen hier Erfahrung und Ressourcen mit.

... ist ein wichtiges Ziel grüner Politik. Seit 2010 haben wir für die Familien in NRW unter anderem die Zahl der Kitaplätze für Unterdreijährige verdoppelt. Unternehmen können mit flexiblen Arbeitszeitmodellen ermöglichen und sicherstellen, dass junge Eltern in Teilzeit gehen oder Erziehungszeit nehmen können, ohne dass dies zum Karrierekiller wird. Dies ist gerade für junge Frauen wichtig, um nicht ins berufliche Abseits zu geraten.

... ist eines der zentralen Instrumente, um Familienarmut und damit Kinderarmut zu verhindern. Besonders allein- oder getrennterziehende Eltern sind auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angewiesen. Betriebskitas werden dabei aufgrund ihrer Flexibilität für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hoch geschätzt und sollten deshalb gefördert werden.

... darf nicht als gegeben angesehen werden, sobald Eltern ihre Kinder in Betreuung geben können, wann immer ihre Arbeitszeiten es erfordern. Vielmehr muss eingesehen werden, dass Kinder ein Recht auf einen gesunden Tagesablauf und Zeit mit ihren Eltern haben. Betriebe müssen familientaugliche Arbeitszeiten ermöglichen, statt einfach Kinderbetreuung zu allen Tages- und Nachtzeiten anzubieten.

70 Jahre Landtag: „Verpflichtung

5. Oktober 2016 – Der Landtag hat sein 70-jähriges Bestehen mit einem Festakt im Plenarsaal gefeiert. Festredner war Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert. Ein Grußwort der Landesregierung überbrachte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Landtagspräsidentin Carina Gödecke sprach von einem „Parlament der aufrechten Demokraten im Dienste aller Bürgerinnen und Bürger“.

Die Gästeliste ist lang. Es handelt sich, wie Landtagspräsidentin Carina Gödecke sagt, um einen „repräsentativen Querschnitt des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in Nordrhein Westfalen“. Aktuelle und ehemalige Abgeordnete sind gekommen, um im Plenarsaal den 70. Geburtstag des NRW-Landtags zu feiern, ebenso Ministerinnen und Minister, Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften, Angehörige des Konsularischen Korps, Gäste aus der „kommunalen Familie“, Vertreterinnen und Vertreter aus Vereinen, Verbänden, Institutionen, Stiftungen und Gewerkschaften.

Carina Gödecke begrüßt – auch im Namen der Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg, Oliver Keymis und Dr. Gerhard Papke – Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert und Mi-

eines besseren demokratischen Deutschlands der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens und des Willens zur Völkerverständigung für alle Zeiten.“ Sie sagt: „Wir feiern also heute nicht uns selbst, sondern 70 Jahre parlamentarische Demokratie in NRW. Und wir würdigen damit das politische Engagement aller Menschen, die sich seit 1946 in unserem Parlament und auch außerhalb für Land und Leute, für eben das bessere, das demokratische Deutschland eingesetzt und stark gemacht haben und dies auch heute und morgen tun werden.“ Die Landtagspräsidentin erinnert an 1.705 Abgeordnete und mehr als 1.800 Plenarsitzungen im Laufe der vergangenen 70 Jahre, an über 77.500 Drucksachen und rund 2.000 Gesetze, die seit der Landesgründung beraten und verabschiedet worden sind.

Das Jubiläum sei nicht nur Anlass, in die Vergangenheit zu blicken. Es sei auch eine Verpflichtung für die Zukunft – „nämlich die Verpflichtung, uns weiterhin stark zu machen für die Vielfalt der Meinungen, die Freiheit von Rede und Gegenrede und das so wichtige Zusammenspiel von Vertrauen und Verantwortung“. Der NRW-Landtag werde ein selbstbewusstes und engagiertes Parlament bleiben, ein „Parlament der aufrechten Demokraten, ein Parlament im Dienste aller Bürgerinnen und Bürger“.

„Feste Größe“

Unter den Bundesländern sei Nordrhein-Westfalen eines der jüngsten, an Bevölkerung – und damit in vielem auch an politischem Gewicht –



nisterpräsidentin Hannelore Kraft, das Präsidium des Bayerischen Landtags mit Präsidentin Barbara Stamm an der Spitze. Sie begrüßt Alexander Miesen, den Präsidenten des Parlaments der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, die Präsidentin des Landesverfassungsgerichtshofes, Dr. Ricarda Brandts, und stellvertretend für alle Parlamentarier die frühere Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe.

Gödecke zitiert in ihrer Begrüßung Ernst Gnoß, den Präsidenten des ersten nordrhein-westfälischen Landtags: „Wir geloben, dass wir bereit sind, alles einzusetzen für den Neuaufbau

NRW sei jedoch mehr als Zahlen, Daten und Fakten allein, sagt Gödecke. Es gehe um Menschen – Menschen, „die bereit waren und bereit sind, sich um ein Mandat zu bewerben, im Parlament und in den Wahlkreisen persönlich Verantwortung zu übernehmen und die politischen Weichen für ein gutes Leben und Zusammenleben in Nordrhein-Westfalen zu stellen“. Zugleich gehe es um die Bürgerinnen und Bürger des Landes, „die ihren Abgeordneten Vertrauen für die politische Arbeit schenken und die ihnen in Wahlen regelmäßig den Auftrag zum parlamentarischen Handeln erteilen“.

sei es das größte, sagt Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert: „Was am Anfang als beinahe willkürliche politische Konstruktion galt und lange als Bindestrich-Land verspöttelt wurde, ist längst zu einer festen Größe zusammengewachsen. In Bonn, immerhin vier Jahrzehnte Sitz von Bundestag und Bundesregierung, wurden die tragfähigen politischen Grundlagen unserer Demokratie gelegt, die den Umzug vom Rhein an die Spree nahezu unverändert überstanden haben. Hier sind Regelungen und Verfahren des Parlamentarismus entstanden und gewachsen, die über die Bonner Zeit hinaus

für die Zukunft“



Landtagspräsidentin Carina Gödecke (rechts) mit Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Fotos: Schälte

Suchen und Finden von Kompromissen ist das Parlament“.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft überbringt die Glückwünsche der Landesregierung und dankt für „70 Jahre gute Arbeit und gutes Miteinander“. Der Landtag habe dazu beigetragen, dass Nordrhein-Westfalen ein „starkes Bundesland“ geworden sei. Im Landtag werde Demokratie in offenen und leidenschaftlichen Debatten lebendig, sagt Kraft. Der Wille, Politik zu gestalten und das Leben der Menschen zu verbessern, eine die Abgeordneten. „Wir dürfen nicht nachlassen, für unsere Demokratie und das Parlament zu werben“, sagt die Ministerpräsidentin. In 70 Jahren habe man viel erreicht und „Veränderungen nicht geschehen lassen, sondern aktiv gestaltet“. Land und Landtag wünscht sie „Gottes Segen, Glückauf und alles Gute“.

Musikalische Begleitung

Der Festakt wird musikalisch begleitet von der Streicherklasse der Gemeinschafts-Grundschule Schönforst in Aachen, der Gruppe Wildes Holz und dem Chor der Gemeinschafts-Grundschule Herkenrath. Ein Video des Festakts finden Sie unter www.landtag.nrw.de. zab

auch die Berliner Republik prägen.“ Lammert, selbst ein Nordrhein-Westfale, erinnert an politische Persönlichkeiten, die ihre Laufbahnen im NRW-Landtag begonnen hatten – Konrad Adenauer, Gustav Heinemann, Heinrich Lübke, Walter Scheel, Johannes Rau.

In seiner Festrede wirbt Lammert für den Föderalismus und den Parlamentarismus. Sie seien unverzichtbar, aber in der Bevölkerung nicht sonderlich populär. Dabei sei die deutsche Wiedervereinigung ohne den Föderalismus kaum möglich gewesen, habe der frühere CDU-Landtagsabgeordnete und sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf einmal gesagt: „Ein deutscher Zentralstaat wäre von den Nachbarn nicht akzeptiert worden.“

Die Anforderungen an den Parlamentarismus seien höher geworden, sagt der Bundestagspräsident. Je komplexer die Welt werde, desto mehr nehme die Suche nach einfachen Lösungen zu, die den Problemen jedoch nur selten gerecht würden. Lösungen zu finden sei Aufga-

be der Parlamente, die dabei nicht wankelmütig werden dürften. Für die Politik sei Glaubwürdigkeit wichtiger als Popularität. Bei der Suche nach bestmöglichen Lösungen sei Streit nicht nur erlaubt, sondern unverzichtbar. Dabei müsse es jedoch stets um die Sache gehen. Zu den „größten Errungenschaften der Menschheit“ zählt Lammert den Kompromiss – und der „mit Abstand wichtigste Platz für das



„Kohle ist der Schlüssel

Mittwoch, 2. Oktober 1946, die Oper zu Düsseldorf. Das Orchester der Stadt unter Leitung von Generalmusikdirektor Heinrich Hollreiser spielt Beethovens Coriolan-Ouvertüre. Es ist kurz nach 14.30 Uhr und ein besonderer Tag in der Geschichte Nordrhein-Westfalens: Der Landtag kommt zu seiner ersten, der konstituierenden Sitzung zusammen.

Ein Jahr nach Ende des Zweiten Weltkriegs liegen die Städte an Rhein und Ruhr in Schutt und Asche. Die Menschen hungern, es fehlt an Allem. Nach 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur und 6 Jahren Krieg wächst aber auch die Hoffnung auf einen demokratischen Neuanfang. Dass der Landtag in der Düsseldorfer Oper zu seiner ersten Sitzung zusammenkommt, hat einen naheliegenden Grund: Kein anderes Gebäude in der neuen Landeshauptstadt kommt für einen solch feierlichen Anlass noch infrage.

Bereits am 24. Juli 1946 war Dr. Rudolf Amelunxen von der britischen Militärregierung zum Ministerpräsidenten ernannt und mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt worden. Auch die Abgeordneten waren nicht gewählt, sondern ernannt.

In seiner Begrüßungsansprache sagt Amelunxen: „Gerechtigkeit und Wahrheit sind nach einem Wort des deutschen Rechtslehrers Christian Wolf die Grundlagen des Staates, nach deren Verlust der Staat in Trümmer geht. Für diese Lehre wurde Christian Wolf von dem damaligen König von Preußen unter Bedrohung mit dem Strang seines Lehrstuhls enthoben und aus dem Lande verjagt. Aber drei Jahrhun-



Die konstituierende Sitzung in der Düsseldorfer Oper. In der Mitte Ministerpräsident Rudolf Amelunxen, rechts das Kabinett. Im Hintergrund die britische Flagge, eingerahmt von Rhein und Westfalenross.
Foto: LAV NRW R, RWB 01440 Nr. 0013, Fotograf: C. A. Stachelscheid

derte deutscher Geschichte haben uns von der Richtigkeit dieser Lehre überzeugt. Zwölf Jahre Nazitum, Militarismus und Despotie haben den Beweis erbracht, dass ein Staat auf längere Zeit nicht existieren kann, wenn er Geistesfreiheit und Menschenwürde mit Füßen tritt.“

„Wir wissen“, sagt er weiter, „dass eine Demokratie (...) in einem verstörten, verbitterten und hungernden Volk nicht über Nacht errichtet

werden kann. Volksherrschaft erfordert Volksreife, sonst wird die Volksherrschaft zur Pöbelherrschaft. Die Menschenrechte können weder in Proviantwagen der Armeen importiert, noch in professoralen Studierzimmern effektiert werden. Nur wenn jeder Droschkenkutscher auf der Straße wieder weiß, dass der Staat nicht Sache der Regierung, sondern seine eigene Sache ist, wenn die breiten Schichten des Volkes vom Gedanken der Demokratie zutiefst überzeugt sind, wenn alle willigen Kräfte am Aufbau teilnehmen können, wird der Versuch gelingen.“

Man wolle an Rhein und Ruhr eine „humane Demokratie“ aufbauen, „in der alle Gewalt und alles Recht, alle Wünsche und Fahrziele tatsächlich vom Volke ausgehen, in der niemand nach Geburt oder Stellung, jeder nach Leistung und Moral bewertet und behandelt wird“. Ziel sei „ein von nobler Duldsamkeit getragenes Gemeinschaftsleben, in dem es keine politischen Feinde, sondern nur politische Gegner gibt“.

Sir William Sholto Douglas, Marschall der Royal Air Force und Oberbefehlshaber der britischen Zone, weist in seiner Ansprache ein Gerücht zurück. Es stimme nicht, dass Kohle aus der britischen Zone als Reparationsleistung ausgeführt werde. Ein Teil der Ruhrkohle

Am Anfang stand die „Operation Marriage“

Das Land NRW verdankt seine Entstehung der „Operation Marriage“ (Operation Hochzeit). So lautete 1946 der Codename der britischen Militärregierung für ihren Plan, die früheren preußischen Provinzen Nordrhein und Westfalen zu einem neuen Bundesland zu „verheiraten“. Die britische Regierung billigte diesen Plan. Am 23. August 1946 wurde er umgesetzt.

Der erste Landtag wurde nicht gewählt, sondern von der britischen Militärregierung ernannt. Er setzte sich aus 100 Mitgliedern des nordrheinischen Landesteils und weiteren 100 Mitgliedern des früheren westfälischen Provinzialrates zusammen. Die Sitzverteilung orientierte sich an den Ergebnissen der preußischen Landtagswahl und den beiden Reichstagswahlen aus dem Jahr 1932: SPD 71, CDU 66, KPD 34, Zentrum 18, FDP 9, Unabhängige 2.

Zum Kabinett gehörten neben Ministerpräsident Dr. Rudolf Amelunxen folgende Minister: Dr. Walter Menzel (Inneres), Franz Blücher (Finanzen), Dr. Erik Nölting (Wirtschaft), Dr. Fritz Stricker (Verkehr), Dr. Hermann Heukamp (Ernährung), August Halbfell (Arbeit), Heinz Renner (Wohlfahrt), Dr. Wilhelm Hamacher (Kultus), Hugo Paul (Wiederaufbau), Eduard Kremer (Justiz).

Die erste Landtagswahl fand am 20. April 1947 statt. Zuvor war ein dritter Partner in das Bindestrichland Nordrhein-Westfalen aufgenommen worden: Am 21. Januar 1947 wurde das Land Lippe mit NRW vereinigt – alle drei Landesteile finden sich im NRW-Wappen: der Rhein für das Rheinland, das Ross für Westfalen und die Rose für Lippe.



Ein Blick ins Plenum. In der vorderen Reihe ist der CDU-Fraktionsvorsitzende und spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer (3.v.r.) zu sehen.
Foto: LAV NRW R, RWB 01440 Nr. 0008, Fotograf: C. A. Stachelscheid

werde tatsächlich ins Ausland verkauft, erklärt er. Aber: Den Erlös investiere man in Nahrungsmittel, die Deutschland dringend brauche. „Kohle ist der Schlüssel zu allem“, erklärt Douglas, die Steigerung der Produktion sei von größter Wichtigkeit: „Wenn die Förderung nicht erhöht werden kann, dann kann es auch keine Erholung des deutschen Wirtschaftslebens geben, ja, die Lage mag sich sogar noch verschlechtern.“ Der Bergarbeiter trage eine schwere Last, sagt er, „er trägt das deutsche Volk auf seinen Schultern und verdient bevorzugte Behandlung“.

„Sorge für den Bergmann“

Ministerpräsident Amelunxen sieht das genauso. Es gelte, alle „verfügbaren Kräfte anzuspannen und alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Kohlenproduktion zu steigern. Die erste Voraussetzung hierfür ist die verständnisvolle Sorge für den Bergmann und seine Familie. Der Beruf des unter Tage arbeitenden Bergmanns ist der schwerste und die Arbeit des Bergmanns volkswirtschaftlich die wichtigste“. Bergmänner müssten mit ihrem Lohn deshalb endlich an der Spitze der Arbeiterschaft stehen. Ihre ausrei-

chende Ernährung müsse unbedingt sichergestellt werden, ihre Wohnverhältnisse seien so zu gestalten, „dass sie ihm Entspannung und Wohlbehagen nach seiner harten Arbeit zu bieten vermögen“. Es sei auch zu überlegen, „ob wir nicht viele Bergarbeiter in den Besitz eines Eigenheims bringen können“.

Ein weiteres Thema der Sitzung ist die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. „Mehr als das Geld interessiert unser Volk das Brot“, meint Ministerpräsident Amelunxen. Die Landesregierung sei Tag und Nacht bemüht, „die Lebensmittelzuteilungen, namentlich für die Industriebevölkerung an Rhein und Ruhr, unter allen Umständen zu sichern, mag es sich dabei um die Anlieferung von Einkellerungskartoffeln oder die Lenkung anderer Lebensmitteltransporte handeln“.

„Unsere ständige Sorge gilt den Flüchtlingen und Ausgewiesenen, die aus den Ostgebieten in unser Land eingeströmt sind, die ohne Hab und Gut vor einem Nichts sich befinden und in ihrer Not nur aufgerichtet werden können, wenn die gesamte Bevölkerung zur Hilfe bereit ist“, erklärt Amelunxen. Mit den anderen Länderchefs der britischen Zone habe er den Kontrollrat in Berlin darum gebeten, „den

weiteren Zustrom von Vertriebenen in unsere Zone zu unterbinden“. Und: „Wir fordern ein überzonales Flüchtlingsamt, dessen Aufgabe es sein soll, die Flüchtlinge in vernünftigem Ausgleiche unter Beachtung der örtlichen Aufnahmefähigkeit auf alle Zonen zu verteilen.“

Auch die Hilfe für Schwerkriegsgeschädigte und ihre Angehörigen liege der Regierung am Herzen. Man rechne in NRW mit mindestens 10.000 Hirnverletzten und 1.000 Kriegsblinden. Dann das Thema Bildung: „Wir werden Wege finden, wissenschaftlich begabten Arbeitern das Hochschulstudium zu ermöglichen.“ Der Erwachsenenbildung, den Hochschulen und Volksbüchereien werde man „Fürsorge und Liebe angedeihen lassen“. Zum ersten Landtagspräsidenten hatten die Abgeordneten zuvor einstimmig den Sozialdemokraten Ernst Gnoß gewählt. *zab*

Sämtliche Zitate sind dem Protokoll der Eröffnungssitzung entnommen. Der vollständige „Stenographische Bericht“ ist auf den Internetseiten des Landtags nachzulesen (www.landtag.nrw.de, dann: Dokumente & Recherche, Dokumentenabruf, Plenarprotokolle 1946-1947, Dokumenten-Nr. 1).

Gästebücher erzählen Geschichte

Ein altes Buch. Das Papier vergilbt, der Einband abgegriffen. Beim Blättern ist Vorsicht geboten. Es könnten sich Seiten lösen. Die Lektüre aber ist auch heute noch ungemein spannend: Wir begegnen Willy Brandt, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und späteren Bundeskanzler. Wir treffen auf die Bundespräsidenten Heinrich Lübke und Gustav Heinemann, auf Joseph Kardinal Frings, den Kölner Erzbischof. Sie alle sind schon lange tot. Im ersten Gästebuch des nordrhein-westfälischen Landtags aber leben sie weiter.

„Dieses Buch wurde am Tage der Einweihung des wiederaufgebauten Hauses des Landtags, am 15. März 1949, aufgelegt“, heißt es auf einer der ersten Seiten – gezeichnet von Landtagspräsident Josef Gockeln (1900-1958), den Vizepräsidenten Alfred Dobbert (1897-1975) und Emil Klingelhöller (1886-1973) sowie sechs Schriftführern. Es folgen die Unterschriften der geladenen Gäste und der Abgeordneten des ersten gewählten Landtags – zumeist in Sütterlin, einst auch „deutsche Schrift“ genannt.

Den Einträgen nach zu urteilen, dürfte das Buch anfangs eher selten genutzt worden sein. Die nächsten Unterschriften stammen vom 30. November 1953, Anlass ist der „Empfang von Vertretern des Arbeitsamtes anlässlich der Kohlebergbautagung in Düsseldorf“. In den Folgejahren haben sich viele bekannte Persönlichkeiten im Gästebuch des Landtags verewigt: Willy Brandt griff am 16. September 1959 zum Füllfederhalter, Heinrich Lübke am 15. Dezember 1960, Kardinal Frings am 18. Februar 1963, Gustav Heinemann am 17. September 1969.

Viele andere besondere Gäste, deren Namen jedoch nur wenigen Eingeweihten bekannt sein dürften und die mitunter auch kaum zu entziffern sind, hatten bereits unterschrieben oder sollten es noch tun: Botschafter aus Indien und den Vereinigten Staaten, Konsuln aus Japan, Kanada und Venezuela, der Präsident von Rio Grande do Sul (Brasilien), der Pressechef der togolesischen Regierung, Kommunalbeamte aus Iran, der Rechtsberater der thailändischen Botschaft, der „Oberbürgermeister und Prinz Karneval von Windhoek“, Parlamentarier aus Madagaskar und der Vereinigten Arabischen Republik, aus Israel, Malta und Saigon. Empfangen wurden auch Burmesische Äbte, deren Gästebucheintrag zwar wunderschön anzuschauen,

jedoch nur von Experten zu übersetzen ist. Die Äbte hatten den Landtag im Juni 1961 besucht. Ebenfalls vertreten sind Mitglieder des Seniorenklubs im katholischen Männerwerk Köln, eine Gruppe belgischer Pädagogikstudenten, eine dänische Studienreisegruppe und die St. Antonii-et-Sebastiani-Armbrust-Schützenbruderschaft. Und wieder ein anderer Eintrag erinnert an den „Herrenabend für das konsularische Korps“ vom 10. März 1967.

Das erste Gästebuch umfasst die Zeit von 1949 bis 1973. Weitere kamen hinzu. Queen Elisabeth II. und Prinz Philipp haben am 4. November 2004 unterschrieben, Peter Maffay am 11. April 2013, Prinzessin Mary von Dänemark am 24. Juni 2013, Königin Silvia von Schweden am 24. Mai 2016 – um nur einige, wenige zu nennen. Die jüngsten Einträge datieren übrigens vom 5. Oktober 2016: Unterschrieben haben die Ehrengäste des Festaktes anlässlich des 70. Landtags-Geburtstages (siehe Seiten 10 und 11).

Besondere Gäste

Die Einträge in den Gästebüchern stammen von besonderen Gästen des Landtags, von bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Sport – aber auch von Menschen, die sich auf ganz unterschiedliche Weise ehrenamtlich für andere einsetzen. Viele tragen nur ihren Namen ein, andere schildern ihre Eindrücke von Nordrhein-Westfalen oder vom Besuch des Landtags. Für die Einträge liegt im Empfangsraum eigens ein Füller aus. Die jeweilige Seite im Gästebuch, für die der Eintrag vorgesehen ist, wird zuvor von einer Kalligrafin vorbereitet. In Schönschrift werden Name, Titel und Datum auf den Seitenkopf geschrieben. Übrigens: Bei royalem Besuch sind Name und Titel in Gold gehalten.

zab

und Geschichten

70 JAHRE LANDTAG NRW



AUS DEN FRAKTIONEN

Neues Bundesteilhabegesetz ist wichtig für den Weg zur inklusiven Gesellschaft

Seit Jahren wird über ein Bundesteilhabegesetz diskutiert. Jetzt wurde es im Bundestag in erster Lesung beraten. Aus dem alten Fürsorgerecht soll ein modernes Teilhaberecht werden. Ziel ist, die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern und so einen weiteren Schritt auf dem Weg in die inklusive Gesellschaft



Michael Scheffler (SPD)

zu gehen. Das neue Gesetz für Menschen mit Behinderung ist eines der größten sozialpolitischen Vorhaben. Durch die Regelungsvorschläge im Entwurf sollen mehr Selbstbestimmung und eigenständige Lebensführung für die Menschen realisiert werden. Allerdings gehen vielen Verbänden der Menschen mit Behinderung einige der geplanten Regelungen

nicht weit genug und bleiben aus ihrer Sicht hinter den großen Erwartungen zurück. Kritik wird beispielsweise geübt an den Vorschlägen bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen der Leistungsempfänger oder in der Frage der Umsetzung des Wunsch- und Wahlrechts der Menschen mit Behinderung.

Für Michael Scheffler, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, komme es im weiteren Gesetzgebungsverfahren darauf an, „die Vorschläge der Bundesregierung detailliert zu prüfen, mögliche Schwachstellen zu identifizieren und den Gesetzentwurf im Sinne der Menschen mit Behinderung weiter zu verbes-

sern. Wir als SPD-Fraktion werden uns dafür einsetzen, dass das Bundesteilhabegesetz ein gutes Gesetz wird, das den Ansprüchen und Interessen der Menschen mit Behinderung Rechnung tragen wird.“ Auch deswegen hat sich der fachlich zuständige Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales umfassend mit dem Thema beschäftigt. Abgeordnete haben mit Expertinnen und Experten in einer großen Sachverständigenanhörung ausführlich diskutiert. „Von dem Gespräch sind wichtige Hinweise und Impulse ausgegangen, die einen Beitrag zur weiteren Verbesserung des Gesetzes leisten können“, so Michael Scheffler.



CDU-Landtagsfraktion feiert 70. Geburtstag

Es war ein festlicher Rahmen für ein feierliches Ereignis. Die CDU-Landtagsfraktion wurde 70 Jahre alt. Aus diesem Anlass kam Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in den Landtag und gratulierte persönlich. Rund 600 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nahmen am 30. September am Festakt zum 70-jährigen Bestehen der Fraktion teil.

Noch nie zuvor hatte ein Bundeskanzler im Düsseldorfer Landtag gesprochen. In ihrer Festrede zeichnete Merkel die Historie der CDU-Landtagsfraktion anhand ihrer 14 Vorsitzenden nach. Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen zitierte sie den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Helmut Linssen: „Wer Schulden hat, der ist nicht frei.“ Dieser Satz sei für Nordrhein-Westfalen bis heute nicht unsinnig, so die Kanzlerin.



Bundeskanzlerin Angela Merkel (4.v.l.) mit dem aktuellen CDU-Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet (3.v.l.) und den ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden (v.l.) Bernhard Worms, Kurt Bienenkopf, Jürgen Rüttgers, Helmut Stahl, Helmut Linssen und Karl-Josef Laumann.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet stellte in seiner Ansprache die Eigenschaften des Parlaments als „Ort des demokratischen Konflikts“ heraus. In den Fraktionen finde die wichtige Konsensbildung statt. Dabei grenzte Laschet den parlamentarischen Streit scharf gegen populistische Interessen ab. „Wir ringen als Demokraten um die beste Lösung für alle – das unterscheidet uns von Populisten.“

Auch die Rolle der CDU-Fraktion umriss Laschet deutlich: „Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen“. Eine Aussage, die im Landtagsrund großen Beifall fand. Auch die Kanzlerin griff diesen Satz gerne auf: „Das ist eine gute Aussicht.“



CETA und TTIP stoppen – Positionspapier für fairen freien Handel

Zehntausende Menschen haben vergangenen Monat in Köln gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA protestiert. Auch in sechs weiteren deutschen Städten gingen Bürgerinnen

und Bürger für Verbraucherschutz, Demokratie und Transparenz auf die Straße. Die GRÜNE Fraktion im Landtag NRW steht an der Seite der Demonstrierenden. In einem Positionspapier stellen die Abgeordneten klar: In seiner aktuellen Fassung darf das zwischen der EU und Kanada ausgehandelte Freihandelsabkommen CETA nicht in Kraft treten. Es schwächt Demokratie und Rechtsstaat gegenüber den Interessen von Unternehmen, bedroht hart erkämpfte Rechte und Verbraucherschutzstandards und beschränkt die Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden. Sollte der Bundesrat über das jetzige CETA-Abkommen abstimmen, darf NRW nicht zustimmen.

Dieselbe Kritik und Haltung gelten auch für den bisher bekannt gewordenen Verhandlungsstand beim europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen TTIP.

Statt Hinterzimmer-Deals auf Kosten von Verbraucherschutz und Demokratie fordert die Fraktion transparente Handelsabkommen, die sozial, ökologisch und an den Menschenrechten ausgerichtet sind. Hohe Sozial-, Umwelt-, Verbraucher-, Datenschutz- und Gesundheitsstandards müssen das Ziel guter Handelspolitik sein, nicht ihre Zielscheibe.



Bildungstour: FDP-Fraktion informiert über digitale Bildung an Schulen

Digitales Lernen erfolgt im Schulalltag leider viel zu selten. Die FDP möchte, dass es fester Bestandteil im Unterricht an NRW-Schulen wird. Bei einer Bildungstour durch NRW hat die Fraktion in 14 Städten gezeigt, wie digitale Elemente im Unterricht eingesetzt werden könnten. „Die Nutzung digitaler Medien ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck“, erklärt Yvonne Gebauer, bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion.

NRW hat viele gute Schulen und engagierte Lehrerinnen und Lehrer, schneidet aber in Bildungsvergleichen schlecht ab. Die Schulen brauchen eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, mehr Freiräume statt wachsende Bürokratie, mehr Ganztagsangebote an allen Schulformen und eine Modernisierung hin zum digitalen Klassenzimmer. „Nur wer

heute die Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die digitalen Herausforderungen vorbereitet, eröffnet ihnen die Möglichkeit, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Deshalb brauchen Schulen schnelles Internet und eine stärkere Nutzung digitaler Medien im

Unterricht“, sagt Gebauer. Digitale Bildung kann aber nur in einem Kraftakt aller staatlichen Ebenen umgesetzt werden. Daher spricht sich die FDP für eine stärkere Beteiligung des Bundes aus. Der Bund soll sich mit den Ländern auf einen Staatsvertrag für ein Sonderprogramm zur digitalen Infrastruktur verständigen. In den nächsten fünf Jahren sollen insgesamt 1.000 Euro pro Schüler in die Ausstattung der Schulen mit moderner Technik (Breitbandanschlüsse, WLAN, Smartboards, E-Learning-Programme, Tablets, IT-Wartung usw.) fließen.



G9 für NRW

Die Verkürzung der Schulzeit G8 ist seit einigen Wochen wieder in aller Munde. Eltern, Lehrer, Schüler, alle sind unzufrieden mit dem Turbo-Abi. Aber Schulministerin Löhrmann klebt seit vier Jahren wie Pattex an der Schulzeitverkürzung. Und auch für die SPD soll G8 der Regelfall bleiben.



Monika Pieper (PIRATEN)

Das Konzept der SPD besteht darin, die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe in den letzten Jahrgang der Sekundarstufe I zu verschieben. Aber mit Blick auf die Verdichtung des Unterrichts und die zeitliche Belastung ändert sich für die Schüler nichts. Und dann kommt plötzlich noch eine Kehrtwende: Die Schulzeit soll nicht mehr einfach nur verlängert werden, jetzt soll jeder Schüler seine

eigene Lernzeit bekommen, so zumindest die Aussage von Schulministerin Löhrmann in den Medien.

All diese Vorschläge sind nicht geeignet, die wesentlichen Fehler des Turbo-Abis zu beheben. Die notwendige Entzerrung und Entlastung kann nur durch einen in der Regel neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium (G9) erreicht werden. Dazu gehört eine Oberstufe von 3 Jahren, die um ein Jahr verlängert oder verkürzt werden kann. Das ist die Position der Piraten. Diese Umstrukturierung ist realistisch und kann zeitnah umgesetzt werden.

Wir brauchen jetzt eine Lösung für die Schüler an den Gymnasien in NRW. Und die heißt „G9 für NRW“. Vor der Sommerpause haben die

anderen Fraktionen eine Debatte zum Turbo-Abi verweigert. Unser Antrag auf eine Aktuelle Stunde vom 9. September wurde abgelehnt. Die Debatte muss in den Landtag zurückgeholt werden. Sie darf nicht nur durch die Presse geführt werden. Die Landesregierung muss endlich Farbe bekennen. Wohin soll die Reise gehen?

Mit unserer Kampagne „G9 für NRW“ setzen wir uns für den Willen der Menschen in NRW ein, die Schulzeit auf 9 Jahre zu verlängern. Außerdem unterstützen wir die Unterschriftenaktion der Elterninitiative „G9 jetzt“.

www.G9fuerNRW.de

www.g9-jetzt-nrw.de



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Polizei im Mittelpunkt

27.9.2016 – Polizeithemen standen im Mittelpunkt einer Anhörung des Innenausschusses. Es ging um eine Ausweitung polizeilicher Videoüberwachung (Antrag der CDU-Fraktion, [Drs. 16/12121](#)) sowie um den Einsatz von „Body-Cams“ und eine anonymisierte, individuelle Kennzeichnung von Beamtinnen und Beamten bei der Bereitschaftspolizei und in Alarmeinheiten (Antrag von SPD und GRÜNEN, [Drs. 16/12361](#)). Eine Ausweitung polizeilicher Videoüberwachung über Kriminalitätsbrennpunkte hinaus sei geeignet, potenzielle Täter abzuschrecken, argumentiert die CDU. Wissenschaftler äußerten sich skeptisch. Ob von Videokameras tatsächlich eine abschreckende Wirkung ausgehe, sei nicht hinreichend geklärt. Mehr Videoüberwachung trage „grundsätzlich dazu bei, kritische Sachverhalte an exponierten Orten frühzeitig zu erkennen, zeitnah Interventionskräfte zu entsenden und die Beweisführung zu optimieren“, so die Deutsche Polizeigewerkschaft. SPD und GRÜNE fordern eine Erprobung sogenannter „Body-Cams“ (Schulterkameras) bei der Polizei in Situationen, in denen es häufig zu Angriffen kommt, etwa bei Fällen häuslicher Gewalt oder Ruhestörungen. Wissenschaftler wandten ein, die Wirksamkeit der Kameras sei nicht erwiesen, der Einsatz in Wohnungen rechtlich problematisch. Die Polizeigewerkschaften dagegen befürworteten eine Erprobung. Von einer anonymen, individuellen Kennzeichnung bei Bereitschaftspolizei und Alarmeinheiten rieten die Gewerkschaften ab. Sie sahen einen Eingriff in Persönlichkeitsrechte. Die Kennzeichnung dürfe „grundsätzlich datenschutzrechtlich gerechtfertigt sein“, entgegnete Helga Block, Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit. Anders sehe es bei einer Ausweitung der Videoüberwachung und dem Einsatz von „Body-Cams“ aus.

Nein zu Pflichtfach „Informatik“

28.9.2016 – Der Schulausschuss hat sich gegen Informatik als verpflichtendes Schulfach aus-

gesprochen. Dies hatte die PIRATEN-Fraktion in einem Antrag ([Drs. 16/10784](#)) gefordert. Informatik sei Teil der Allgemeinbildung, habe in der Schule aber einen zu geringen Stellenwert, so PIRATEN-Sprecherin [Monika Pieper](#). Die anderen Fraktionen hingegen bewerteten die Vermittlung informatischen Wissens eher als Querschnittsaufgabe aller Fächer. Dem schloss sich Schulministerin [Sylvia Löhrmann](#) (GRÜNE) an und verwies u. a. auf das aktuelle Pilotprojekt „Informatik an Grundschulen“. Die PIRATEN stimmten für den Antrag, SPD, CDU, GRÜNE und FDP stimmten dagegen.

Ausschüsse beraten Haushalt

29.9.2016 – In den Fachausschüssen haben die Haushaltsberatungen 2017 begonnen. Grundlage ist der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf zum Haushaltsgesetz 2017 ([Drs. 16/12500](#)). Er sieht ein Haushaltsvolumen von rund 72,3 Milliarden Euro vor. Die Nettoneuverschuldung soll um rund 200 Millionen Euro auf 1,6 Milliarden Euro sinken. Die Steuereinnahmen werden auf rund 55 Milliarden Euro geschätzt. Die Fachausschüsse befassen sich derzeit mit den sie betreffenden Einzelplänen. In einer Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses am 29. September 2016 haben sich zahlreiche Sachverständige sowie Interessenvertreterinnen und -vertreter zum Gesetzentwurf geäußert. Eingeladen waren rund 50 Sachverständige.

Muslimische Seelsorge in der JVA

28.9.2016 – Muslimische Gefangene haben in Justizvollzugsanstalten (JVA) Zugang zu Seelsorge durch Imame. Die Einbindung von Imamen sei wichtig, um einer Radikalisierung während der Haftzeit vorzubeugen bzw. eine Deradikalisierung zu unterstützen, erklärte [Justizminister Thomas Kutschaty](#) (SPD). Im Rechtsausschuss berichtete er, dass fortan alle Imame, nun auch von türkischen Generalkonsulaten oder vom Religionsverband Ditib entsandte, einer Sicherheitsprüfung unterzogen würden.

Man wolle sich nicht mehr allein auf den türkischen Staat verlassen. Insgesamt seien 112 Imame in Haftanstalten seelsorgerisch tätig. Davon seien 96 über die türkischen Generalkonsulate bzw. von Ditib entsandt. [Dirk Wedel](#) (FDP) fragte nach Alternativen zu Imamen, die von der Türkei bezahlt würden. In Baden-Württemberg und Berlin gälten strengere Voraussetzungen für Imame in JVA. [Jens Kamieth](#) (CDU) regte an, für seelsorgerische Gesprächspartner, die keine Imame, aber doch Ansprechpersonen seien, eine Art Schweigepflicht zu installieren, um die Bereitschaft zur Seelsorge unter muslimischen Häftlingen zu steigern.

Sprechstunde im Landtag

28.11.2016 – Der Petitionsausschuss lädt für Montag, 28. November 2016, von 15 bis 18 Uhr zu einer Bürgersprechstunde im Landtag in Düsseldorf ein. Der Ausschuss hilft Bürgerinnen und Bürgern, die sich von einer Kommunal- oder Landesbehörde falsch behandelt fühlen. Die Abgeordneten nehmen sich der einzelnen Fälle an und versuchen, je nach Sachlage mit den Beteiligten gemeinsame Lösungswege zu finden. Die Menschen aus der gesamten Region – auch aus den angrenzenden Kreisen, Städten und Gemeinden – können die Möglichkeit nutzen, den Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Petitionsausschusses ihre Probleme zu schildern. In einigen Fällen kann erfahrungsgemäß sofort Rat erteilt werden. Der Petitionsausschuss des Landtags befasst sich im Jahr mit ca. 4.000 Eingaben aus den unterschiedlichsten Verwaltungsbereichen (z. B. Soziales, Bauen, Schulen, Ausländerrecht, Umwelt usw.) und kann in vielen Fällen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger tätig werden. Wer sein Anliegen persönlich vorbringen möchte, sollte sich telefonisch unter 0211/884-2506 oder -2938 oder per E-Mail unter petitionsausschuss@landtag.nrw.de für den Sprechtag anmelden, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Weitere Informationen zum Petitionsverfahren finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Gegen das Vergessen

Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat am 21. September 2016 Zeitzeugen des Holocaust im Düsseldorfer Parlamentsgebäude empfangen. Sie sprach den 13 Gästen aus Israel ihren tiefen Dank für ihr Kommen aus und hieß sie im Namen aller Abgeordneten im Landtag NRW willkommen.

Die Zeitzeugen trugen sich in das Gästebuch des Landtags ein und besichtigten u. a. den Plenarsaal des Parlaments. Dort tauschten sie sich mit Schülerinnen und Schülern aus, die am Besuchsprogramm des Landtags teilnahmen.

Die Landtagspräsidentin sagte, niemand könne die Gräueltaten der Vergangenheit rückgängig machen. Es gehe nun darum, mit der Verantwortung, die aus der Geschichte resultiere, im Heute umzugehen. Wichtig sei, auch der jungen Generation diese Verantwortung mitzugeben. Gödecke betonte: „Deshalb bin ich Ihnen ausgesprochen dankbar, dass Sie nach Deutschland gekommen sind und vor allem Schulen besuchen.“ Gerade weil es bedeute, die traumatischen Erlebnisse der Vergangenheit noch einmal zu durchleben, sei dieser Besuch ein kostbares Geschenk. Der Eintrag der Zeitzeugen ins Gästebuch dokumentiere, dass es kein Vergessen geben dürfe.

Gespräche in Schulen

Unter dem Motto „Freiheit braucht Versöhnung“ waren die Zeitzeugen 14 Tage lang zu Besuch in Nordrhein-Westfalen, um mit Menschen, im Rahmen von zahlreichen Schulbesuchen insbesondere mit Jugendlichen, ins Gespräch zu kommen. Orte der Begegnung waren auch Rathäuser, Kirchengemeinden und kulturelle Stätten. Der Freundeskreis Israel und das „Haus des Lebens e. V.“ hatten die Reise organisiert.

Dr. Arnulf von Auer, ein Arzt aus Hagen, der den Besuch der Zeitzeugen in Nordrhein-Westfalen mitorganisiert hatte, berichtete, dass rund 1.000 Schülerinnen und Schüler den Berichten der Holocaust-Überlebenden zugehört hätten. Viele Herzen seien geöffnet worden, einige Tränen seien geflossen, die Jugendlichen hätten viele gute Fragen gestellt. „Besonders die Anteilnahme der jungen Deutschen hilft, das Leid zu teilen“, sagte er. „Das Land, das verfolgt hat, empfängt jetzt mit herzlicher Wärme“, fasste er die Begegnungen während der vergangenen zehn Tage zusammen. Und vom Landtag empfangen zu werden, bedeute für die Gäste Ehre und auch Trost.

sow

Porträt: Rainer Spiecker (CDU)

Rainer Spiecker ist ein Unikat. Als praktizierender Handwerks-Unternehmer ist er einzigartig in der CDU-Fraktion – und das gleich unter mehreren Aspekten. Neben seinem Landtagsmandat muss er den 15 Mitarbeiter starken Betrieb in Wuppertal managen. Das prägt. Die Verantwortung für die Beschäftigten und für hochwertige Produkte zieht sich als Leitschnur durch sein Handeln. Als Nischenfabrikant, der Gürtel und Hosenträger anbietet, muss er sich auf dem Markt behaupten, die Zeichen der Zeit früh genug erkennen, um daraus künftige Entwicklungen ableiten und gestaltend tätig sein zu können.

„Ich bin ein richtiger kleiner Gewerbetreibender“, beschreibt der 55-Jährige seine Tätigkeit. „Wir wollen die Kontrolle über die Produkte behalten“, erklärt er, warum er die Herstellung der Erzeugnisse nicht längst in ein Billiglohnland verlagert hat. „Nur mit qualifiziertem Personal können wir qualitativ hochwertige Waren herstellen“, sagt Spiecker – und diese Einschätzung klingt wie selbstverständlich, unumstößlich und unwiderlegbar.

„Politik ist ein Geben und Nehmen. Und man muss zuhören können – aber das tun die wenigsten“, sagt der Wuppertaler. Die Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Politik sind ihm sehr vertraut: Da wird der Mittelstand – also die Vielzahl der kleinen und etwas größeren Firmen – zwar als Rückgrat der Wirtschaft gelobt, aber die Leistung nicht entsprechend honoriert. „Bei der CDU bin ich am besten aufgehoben“, versichert Spiecker. Als handwerkspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Mitglied der Enquetekommission „Zukunft von Handwerk und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen gestalten“ des Parlaments will der Vater von zwei Kindern Akzente setzen: „Da stellen wir inhaltliche Weichen für das Handwerk der Zukunft – und wie es sich aufstellen muss.“

Kritik war die Initialzündung für sein politisches Engagement: „Die Mengenlehre von Jürgen Girgensohn hat mich wahnsinnig gemacht“, erinnert sich der 55-Jährige an den Anlass für den Eintritt in die Junge Union und wenig später in die CDU. „Stopp Koop“ – also der heftige Widerstand gegen die Vorform der Gesamtschule 1978 – mündete in das bisher einzig erfolgreiche Volksbegehren in NRW. 3,6 Millionen NRW-Bürger unterschrieben gegen die neue Schulform – 1,2 Millionen mehr als erforderlich.

In den 1911 gegründeten Familienbetrieb zog es Spiecker vor 40 Jahren keineswegs: Nach der Realschule machte er seine „Liebhaberei für Pralinen und Kuchen“ zum Beruf, wurde 1982 mit 23 Jahren einer der jüngsten Konditormeister, aber dann zwang ihn eine Mehlstaub-Allergie zum Berufswechsel. 1985 stieg er – nach mehreren Praktika in verschiedenen Textilun-



ternehmen in Deutschland – in die Firma ein. Seit 2000 ist er Geschäftsführer, so dass sein Arbeitstag ein stetiges Pendeln zwischen Profession und Politik ist.

Die beruflichen und politischen Erfahrungen ergänzen und bereichern die Arbeit, versichert der Chef. „Den kleinen Unternehmen in Deutschland muss man die Luft zum Atmen und Leben lassen“, lautet sein wichtigstes Ziel. Er lehnt das Tariftreue- und Vergabegesetz ebenso wie das Mittelstandsgesetz ab. Aber selbstverständlich ist für ihn, dass für faire und anständige Arbeit auch gerechte Löhne gezahlt werden müssen. Da ist er sein eigener Maßstab des Handelns.

Mit Augenmaß, Zurückhaltung und Zielstrebigkeit verfolgt Spiecker seine politische Arbeit: Langsam, aber stetig diente er sich in der Wuppertaler CDU nach oben. Seit zwei Jahren ist er Chef des christdemokratischen Kreisverbandes im sozialdemokratisch dominierten Wuppertal. Da sind die Chancen auf ein Direktmandat eher unrealistisch. 2012 zog der Unternehmer mit Platz 42 der Reserveliste in den Landtag ein. Für die nächste Legislaturperiode ist der Grundstein bereits gelegt: Mit 98 Prozent der Stimmen wurde er zum Kandidaten gekürt. Das Ergebnis ist wohl auch seinem Fleiß geschuldet: Bei drei SPD-Landtagskollegen muss der 55-Jährige ständig als Einzelkämpfer unterwegs sein, um Flagge für die CDU zu zeigen.

Rainer Barzel, der redegewandte Gegenspieler des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD), ist das politische Vorbild von Spiecker: „Er hat eine klare Ausrichtung gehabt“, bewundert er noch heute dessen politisches Wirken. Als politischen Wegbegleiter weiß er den Wuppertaler Bundestagsabgeordneten Peter Hintze an seiner Seite, der verschiedene Ämter in der Bundesregierung und in der Partei ausübte, ehe er Bundestagsvizepräsident wurde. Wie er pflegt Spiecker die leisen Töne in der Politik: „Man muss nicht poltern, um Erfolg in der Politik zu haben.“

Robert Vornholt

Kurz notiert

Delegation aus China

Landtagsvizepräsident Dr. Gerhard Papke hat am 26. September 2016 eine Delegation aus der Volksrepublik China im Landesparlament empfangen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Haushaltsarbeitskommission des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und von Ministerien der Volksrepublik China trugen sich ins Gästebuch des Landtags ein und besuchten den Plenarsaal. Im Anschluss an den Empfang traf sich die Delegation, die vom Generaldirektor der Kommission, Chengjun He, angeführt wurde, mit Haushaltsexperten aus den Landtagsfraktionen zu einem Fachgespräch über Haushaltskontrolle.

Forschung in Jülich

Vor 60 Jahren – am 11. Dezember 1956 – beschloss der Landtag NRW den Bau einer „Atomforschungsanlage“ in Jülich. In den vergangenen sechs Jahrzehnten hat sich nicht nur der Name der Anlage geändert, sondern auch die inhaltliche Ausrichtung: Im Forschungszentrum Jülich geht es heute u. a. um Energie- und Klimaforschung, um Hirnforschung oder das Thema Supercomputing. Über die Geschichte des Forschungszentrums informiert eine Ausstellung, die vom 26. Oktober bis 24. November 2016 in der Bürgerhalle des Landtags zu sehen sein wird, wochentäglich von 10 bis 17 Uhr. Über eine vorherige Anmeldung wird gebeten unter Tel.: 0211-884-2129 oder per E-Mail: veranstaltungen@landtag.nrw.de.

Junge Islam Konferenz

Die erste Junge Islam Konferenz in Nordrhein-Westfalen war am 23. September 2016 zu Gast im Landtag. Rund 40 junge Muslime und Nicht-Muslime mit und ohne Migrationshintergrund diskutierten unter dem Motto „Zusammenhalt – jetzt erst recht!“ über die Bedeutung von gesellschaftlicher Vielfalt sowie über Diskriminierung und antimuslimischen Rassismus. Das seit 2011 auf Bundesebene existierende Dialogforum wird für die kommenden vier Jahre in NRW eingerichtet. Landtagspräsidentin Carina Gödecke eröffnete die Konferenz mit einem Grußwort im Plenarsaal. Sie rief Vertreterinnen und Vertreter aller Kulturen und Religionen dazu auf, miteinander im Gespräch zu bleiben, um Vorurteile abzubauen.

Gestorben

19.6. Horst-Erhardt Knoll (CDU/84) MdL für die FDP 1966-1970



Präsidentin empfängt Gewinnerinnen und Gewinner

Landtagspräsidentin Carina Gödecke (Bild Mitte) hat am 5. Oktober 2016 die Gewinnerinnen und Gewinner des Landtag-Intern-Quiz anlässlich von 70 Jahre Land und Landtag NRW sowie die Gewinnerin des Landtags-Quiz zum „Tag der Deutschen Einheit“ empfangen. An diesem Tag fand im Parlament der Festakt zum 70. Geburtstag des Landtags statt, an dem die Gäste im Anschluss an ihr Gespräch mit der Präsidentin teilnahmen. Zum Programm gehörte auch eine Führung im Besucherzentrum sowie die Teilnahme an der Plenarsitzung. Mehr zum Festakt lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Foto: Schälte